

zum atheistischen Materialismus und dem Bekenntnis zum lebendigen Gott.

„Lehret sie alles halten, was ich euch geboten habe“

Gründend auf der Lehre Christi und auf der von ihm gewollten heiligen Gemeinschaft, hat die Kirche den Auftrag, das Gesetz Gottes zu verkünden und für die verschiedenen Aufgaben des Lebens auszulegen. In diese Gottesordnung ist das ganze Menschenleben, das Verhalten des Christen in Familie und Beruf, in Staat und Gesellschaft einbezogen, denn Glaube und Leben, christliche Überzeugung und christliche Tat gehören unlösbar zusammen. Da die Kirche nach dem Willen Christi eine feste Verfassung und hierarchische Ordnung besitzt, kann sie feste Rechtsnormen aufstellen, an die alle Glieder der Kirche gebunden sind. Sie kann z. B. festlegen, daß jene, die die Jugendweihe mitmachen oder sie bei ihren Kindern zuließen, erst nach einer entsprechenden Wiedergutmachung die heilige Kommunion empfangen können. Ich bin gewiß, gerade in unserer Zeit wißt ihr, das Gottesvolk der Kirche, den Segen einer klaren, sicheren Lebensordnung zu schätzen und seid dankbar für das Hirtenamt der Kirche.

Die Kirche bleibt auch in diesem ihrem Hirtenamt, gemäß dem Auftrag ihres Stifters, innerhalb der Grenzen ihrer Sendung. Die echten Aufgaben des staatlichen Bereiches werden also durch die Kirche nicht behindert. Im Gegenteil, das gesunde staatliche Leben wird durch die Kirche gefördert, da sie die Grundlagen der sozialen Ordnung schützt. Gerade in schwierigen Umständen und in einer spannungsreichen Umwelt wird die Kirche darauf besonders achten. Wer das Verhalten der Kirche hierzulande genau beobachtet und sachlich prüft, wird zugeben müssen, daß die Kirche wahrhaftig keine „künstlichen Spannungen“ hervorruft, sondern in einem behutsamen Abwägen alles tut, um die Lage der Gläubigen nicht zu erschweren und die Spannungen zwischen Kirche und Staat nicht zu vermehren. Doch dagegen muß sich die Kirche verwahren, daß ein Staat ihr Recht antastet, die Gläubigen im Gewissen zu binden und eine kirchliche Rechtsordnung zu schaffen. Hier überschreitet der Staat seine Grenze, verstößt gegen die Grundsätze eines Rechts-

staates, zumal wenn Sinn und Wort laut der Verfassung ein solches Recht der Kirche eindeutig verbürgen. Nicht nur der einzelne Christ, auch die Kirche als Rechtsgemeinschaft muß im Staat Raum haben.

„Denn sehet, ich bin bei euch alle Tage, bis an das Ende der Welt“

Mit diesem tröstlichen Wort des Herrn wollen wir unsere ernste Überlegung abschließen. Es ist, als wolle der Herr die Vorsteher und das heilige Volk seiner Kirche auf kommende Heimsuchungen vorbereiten mit seinem Versprechen: „Seht, ich bin bei euch alle Tage bis an das Ende der Welt.“

Halten wir uns in lebendigem Glauben an diese Verheißung Christi. Die Kirche ist unüberwindlich; sie wird alle Angriffe und Bedrängnisse in der Kraft des Heiligen Geistes bestehen. Schauen wir voll Vertrauen auf den Herrn, der in der Geheimen Offenbarung zu uns spricht: „Ich komme bald, und mit mir kommt mein Lohn, einem jeden zu vergelten nach seinen Werken.“ Das Trostbuch der Kirche fährt dann fort: „Der Geist und die Braut, sie sprechen: ‚Komm!‘“ Die bräutliche Kirche und in ihr wir alle schauen in der Erleuchtung und Liebe des Heiligen Geistes sehnsüchtig aus nach unserem Herrn.

Doch die Erwartung Christi bedeutet für uns nicht Flucht aus der gegenwärtigen Welt, sondern sie stärkt unsere Treue für die Tage, in denen wir leben. Wir stehen unverbrüchlich zu Gott und seiner Kirche, doch wir tun unser Werk inmitten unserer Brüder. Wir verraten um keinen Preis der Welt unseren Glauben und unser Gewissen, aber wir erfüllen treu unsere Pflicht hier auf Erden und leisten so einen guten Beitrag zu jenem wahren Frieden der Welt, der in Gottes Ordnung gründet.

Man mag die Kirche und ihre Glieder bedrängen und unterdrücken, unsere Antwort wird liebendes Gebet sein gemäß der Mahnung des Apostels: „Es sollen Gebete, Fürbitten und Danksagungen für alle Menschen verrichtet werden, für Könige und alle, die in verantwortlichen Stellungen sind, damit wir ein stilles, ruhiges Leben führen mögen in frommem Geist und edler Zucht, wie es gut und wohlgefällig ist vor Gott, unserem Retter.“

Fragen des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens

Spanische Wirtschaft im Kreuzfeuer

Die katholische Wochenzeitung „Echo der Zeit“ (Recklinghausen) ragt in jüngster Zeit mit ihrer profilierten Iberien-Berichterstattung aus der deutschen Presse heraus. In der Nummer 11 vom 15. März 1959 erschien dort ein Korrespondentenbericht unter dem Titel „In der spanischen Wirtschaft steckt der Wurm“; er rechtfertigt eine ausführliche Wiedergabe, weil die Probleme der spanischen Wirtschaftsordnung noch an keiner Stelle mit solcher Schärfe und Eindeutigkeit ausgesprochen worden sind.

„Die Statistik kann mit schönen Zahlen aufwarten, um die Erfolge der spanischen Industrialisierung aufzuzeigen. Setzt man den Durchschnitt der Jahre 1929—1931 gleich

100, so lag die Industrieproduktion 1957 bei 265. Verschwiegen wird meistens, daß es sich überwiegend um die Schwerindustrie handelt, während die Leicht- und Konsumgüterindustrie wesentlich ungünstiger steht. Vollends katastrophal ist die Lage in der Landwirtschaft. Die Produktion liegt nur knapp über der von 1929, die Produktion pro Kopf der Bevölkerung sogar beträchtlich darunter. Hand in Hand mit der Landflucht wächst das Latifundienwesen, weil der Großgrundbesitz mühelos die verschuldeten Gütchen schluckt.

Und um welchen inflationären Preis wurde die Industrialisierung durchgezogen! Der Geldumlauf betrug vor dem Bürgerkrieg 4,8 Milliarden Peseten, 1950: 30 Milliarden, 1957: 65 Milliarden. Die Lebenshaltungskosten sind seit der letzten Lohnfestsetzung im Herbst 1956 um 35 %

gestiegen und betragen heute rund 1300% (das Dreizehnfache) von 1922—1926. Die Löhne stiegen im gleichen Zeitraum höchstens halb so schnell, so daß der Spanier zur Deckung seines Lebensunterhalts heute durchschnittlich doppelt so lange arbeiten muß wie vor drei oder vier Jahrzehnten. 57% des Privatverbrauchs wird — nach offiziellen Zahlen — für die Ernährung aufgewendet (USA 26%, Bundesrepublik 32%). 57 000 Spanier sind 1957 nach Übersee ausgewandert.

Der spanische Außenhandel erreichte 1911 immerhin 10% des Volkseinkommens; 1955 ist er auf 4,9% gesunken. Die Ausfuhr stieg von 1950 bis 1957 nur von 405 auf 475 Millionen Dollar, die Einfuhr dagegen von 390 auf 862 Millionen Dollar. In der Handelsbilanz von 1957 herrschte also ein Defizit von 387 Millionen Dollar; 1958 ist der Fehlbetrag nicht wesentlich zurückgegangen. Die Gold- und Devisenreserven sind heute praktisch erschöpft, so daß Spanien nicht einmal mehr die 100 Millionen Dollar besitzt, die es hinterlegen muß, um — wie angestrebt — Vollmitglied der OEEC werden zu können.

Jetzt steht Spanien vor den bereits verwirklichten oder bevorstehenden Tatsachen der freien Währungsconvertibilität, des Gemeinsamen Markts und der Freihandelszone. Für den Gemeinsamen Markt wäre das Land nicht im geringsten konkurrenzfähig, da die Selbstkosten der Industrie zu einem beträchtlichen Teil über den Weltmarktpreisen liegen. Der Anschluß an die Freihandelszone wird aber unumgänglich sein, weil 96% der spanischen Ausfuhr in diese Länder gehen und keinen anderen Markt finden könnten. Aber schon die damit verbundene Multilateralisierung des Rechnungverkehrs stellt Spanien vor einen Abgrund. Eine gezielte Abwertung wäre unbedingt nötig, ist aber praktisch unmöglich, weil die Zahlungsbilanz nicht ausgeglichen ist und die finanziellen Reserven fehlen, so daß der Wert der Peseta (offiziell: 42, freier Markt: 60 für den Dollar) ins Bodenlose sinken könnte.“ [Inzwischen wurde Mitte Juli die 30%ige Abwertung mit einem internationalen Stützungskredit verwirklicht.]

Illegale Devisenkonten im Ausland

Soweit die nüchterne Bestandsaufnahme. Das „Echo der Zeit“ schildert dann jenes kürzliche Ereignis, das auf die Hintergründe dieser Entwicklung ein bezeichnendes Schlaglicht wirft. Die spanische Sicherheitspolizei verhaftete Ende des Jahres 1958 in Barcelona einen schweizerischen Bankagenten, in dessen Gewahrsam sich verschlüsselte Namenslisten von prominenten Spaniern befanden, die bei einer Schweizer Bank illegale Nummernkonten unterhielten. Sicherem Einvernehmen nach erfolgte dieser Coup auf das Betreiben falangistisch-syndikalistischer Kreise hin. Nach den inzwischen veröffentlichten Strafbescheiden (spanischer „Staatsanzeiger“ vom 9. März) waren in die Affäre 872 Personen verwickelt, von denen 369 mit insgesamt 12 Millionen DM Geldstrafe belegt wurden. Der Stand aller illegalen Konten wurde im „Staatsanzeiger“ mit 13 Millionen DM beziffert, während vorher im Untergrund stets von 400 Mill. DM die Rede war. Das „Echo der Zeit“ fährt fort: „Mag sein, daß es mit den 13 Millionen DM seine Richtigkeit hat — schließlich werden nicht alle spanischen Kapitalisten bei dieser einen Bank abonniert sein, und vermutlich legen sie ihr Geld nicht auf Konten, sondern lassen es arbeiten. Das eigentlich Enttäuschende an der

Veröffentlichung war es, daß unter den Namen kein einziger aus der hohen Prominenz zu finden war.“

(Vorher wurden u. a. genannt: Blas Pérez, Innenminister bis 1957, Ignacio Villalonga, Präsident der Zentralbank und der Bank von Valencia, sowie die meisten katalanischen Großindustriellen. Von den jetzt Bestraften kann immerhin noch als prominent angesprochen werden: Demetrio Carceller Segura, Handels- und Industrieminister von 1940 bis 1945, Carlos Sobrino Alvarez, Madrider Finanzier und Kohlenimporteure, und die Herzogin von Varela, Witwe eines berühmten Generals aus dem Bürgerkrieg und späteren Hochkommissars von Marokko.)

„Sollte die hohe Prominenz wirklich nicht beteiligt gewesen sein? Man wird den Verdacht nicht los, daß Franco nur Sündenböcke brauchte und daß die ‚zweite Garnitur‘ dafür herhalten mußte. Was die erste Garnitur mit ihrem Kapital im Ausland tut, ist offenes Geheimnis... Von Minister Gual Villalbí, katalanischer Industrieller und jetzt Präsident des Spanischen Wirtschaftsrates, ist bekannt, daß er sein Geld in England und der Schweiz hat, ja daß er seinen Gesprächspartnern aus der Industrie ein gleiches offen anriet. Auch die ‚Banque du Crédit‘ von Andorra dient reichlich für derartige Manipulationen... Die einzigen Nutznießer des spanischen Wirtschaftsystems ziehen ihre horrenden Erträge aus dem Schlamassel heraus, das sie verursacht haben...“

„Ausbeuter des spanischen Volkes“

Das „Echo der Zeit“ beschließt seinen Bericht mit unüberhörbaren Anklagen: „Wenn Franco alle Auslandsguthaben zurückholen und sich auch sonst zu einigen durchgreifenden Maßnahmen entschließen würde, wäre die spanische Wirtschaft vermutlich bald saniert.

Genau das aber geschieht nicht. Es muß einmal in aller Deutlichkeit ausgesprochen werden, daß sich Franco in einem verderblichen Ausmaß von jenen Inhabern von frühkapitalistischen Industriemonopolen und Industriebanken abhängig zeigt, die in nicht faßbarer Zahl und Zusammensetzung die Grauen Eminenzen der spanischen Politik darstellen. Um ihretwillen hat er die Inflation treiben lassen, die ihnen märchenhafte Gewinne abwarf. Um ihretwillen hat er eine ziellose und vielfach noch falsch placierte Industrie vorangetrieben, die unrentabel arbeitet. Um ihretwillen herrscht noch immer ein vollkommen unsoziales Steuersystem, gegen das die Kirche mehr als einmal Verwahrung eingelegt hat. Um ihretwillen blüht ein aufgeblasener Zwischenhandel, der die Preise vervielfacht. Um ihretwillen läßt das sonst so mächtige und durchgreifende Regime eine Unzahl von Spekulanten ungestört im Trüben fischen. Um ihretwillen ist das Programm der Austerität, der Liberalisierung und der Verwaltungsreform, das der katholische Handelsminister Ullastres seit zwei Jahren verwirklichen will, nicht nur in der Wirtschafts- und Amtspraxis, sondern bereits im Kabinett vereitelt worden. Um ihretwillen ist der Anschluß Spaniens an die europäische Wirtschaftsentwicklung versäumt worden. Um ihretwillen fristen viele Spanier nur mühsam ihr Existenzminimum.

Man muß weder Pessimist noch Prophet sein, um auszusprechen, daß es so nicht mehr weitergeht. Für die notwendigen Entschlüsse ist es schon fast zu spät. Bleiben sie aber auch jetzt aus, dann sollte es nicht wundern, wenn Francos Aufbauwerk in Trümmer geht. Wenn es eine Revolution in Spanien gibt, dann ist sie weniger eine

Antwort auf das autoritäre Regime als vielmehr auf jene, gegen die dieses Regime nicht autoritär genug war: gegen einige hundert kapitalistische Nutznießer, gegen die Ausbeuter des spanischen Volkes.“

Existenzminimum und Doppelverdienst

Das klingt hart, ja beinahe demagogisch. Leider entspricht es — wenn auch kraß formuliert — der Wahrheit, was sich an Hand von Statistiken (sogar regierungsoffizieller Statistiken) nahezu vollständig nachweisen läßt. Die derzeit gültige amtliche Lohnskala weist — um mit dem letzten Punkt, der Lage der Arbeitermassen, zu beginnen — für einige Erwerbsgruppen folgende Tageslöhne aus:

Facharbeiter in der Eisenhüttenindustrie 45 bis 100 Peseten;

Bauarbeiter 37 bis 55 Peseten;

Transportarbeiter 35 bis 60 Peseten;

Kaufmännische Angestellte 34 bis 100 Peseten.

Dazu kommen gegebenenfalls die Familienzuschläge (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 79f.).

Dagegen schwankt die amtliche Ziffer des für das Existenzminimum einer vierköpfigen Familie in den Städten täglich erforderlichen Betrags zwischen 113 (La Coruña), 135 (Madrid) und 166 Peseten (Sabadell). (Zur Umrechnung in unsere Währungsvorstellungen: Die offizielle und fiktive Parität war bisher 10 [ptas.] : 1 [DM], die freie und nach der Abwertung jetzt auch tatsächliche 14 : 1.)

Diese Gegenüberstellung sagt genug. Nicht einmal der bestbezahlte Facharbeiter ist imstande, mit seinem Lohn nach den Maßstäben des amtlich anerkannten Existenzminimums eine Kleinfamilie zu ernähren. Er kann es nur, wenn er in großem Maße Überstunden macht oder aber wenn er für einen zweiten Arbeitsverdienst in der Familie sorgt. Da diese Last in Spanien nur in seltenen Fällen der Frau aufgebürdet wird, verbleibt sie, solange die Kinder noch nicht im arbeitsfähigen Alter sind, dem Mann selbst. Er ist gezwungen, einen zweiten „Beruf“ zu haben, eine zweite Arbeitsstelle auszufüllen. In der Tat wird man wenige Spanier treffen, die nicht in dieser Weise Doppelverdiener sind: Arbeiter und Nachtportier, Mechaniker und Kinoaufseher, Handelsangestellter und nebenher Buchhalter in kleinen Geschäften, Volksschullehrer und Privatlehrer — ja bis zu Universitätsprofessoren und hohen Offizieren reicht diese Gewohnheit. Wie die Spanier dabei noch Zeit haben, im Caféhaus zu sitzen, ist für einen Ausländer schlechthin unerfindlich. Aber daß derartige Beschäftigungsmethoden jede Arbeitsmoral ersticken und jeder wirtschaftlichen Rationalisierung Hohn sprechen, bedarf keiner Erläuterung.

„Das Land ist arm, der Staat ist arm, und die Regierung folgert daraus, daß sie ihre Beamten nur schlecht bezahlen kann. Weil sie sie so schlecht bezahlt, kann sie auch nicht übermäßig viel von ihnen verlangen. So ist die Verwaltung aufgeblasen und arbeitet mit halber Kraft und halber Arbeitszeit. ‚Señor López no tiene hora fija‘ (Herr López hat keine feste Arbeitszeit), diese Floskel gehört zum Vokabular jedes Büros. Die private Wirtschaft ist keinen Deut besser, sondern arbeitet genauso unrationell mit zu vielen, nur halb bezahlten und nur halb tätigen Leuten“ (Echo der Zeit, 3. 5. 59).

Und das Ergebnis? „Ein großer Teil unserer Industriearbeiter erhält einen Reallohn, der die Hälfte des primitivsten Lebensminimums nicht überschreitet.“ Das sagt

Professor J. M. Diez-Alegría SJ, einer der schärfsten und fachkundigsten Kritiker der spanischen Wirtschafts- und Sozialpolitik. In der Landwirtschaft ist die Lage sogar noch schlimmer.

Volkseinkommen und Lebenshaltung

In seinen Propagandaansprachen pflegt Franco gerne auf die fortlaufende Steigerung des spanischen Volkseinkommens und auf den gestiegenen Verbrauch hochwertiger Nahrungsmittel hinzuweisen. Nach den offiziellen Statistiken des Nationalen Wirtschaftsrates betrug das Volkseinkommen pro Kopf der Bevölkerung in Peseten (umgerechnet jeweils auf den Pesetenwert von 1953):

1940	6440
1946	7380
1951	8050
1953	8000
1955	8980
1957	10020

Diese Steigerung wird von niemandem bestritten. Es handelt sich aber um den Wiederaufstieg nach einem mörderischen Krieg, an dessen Ende die gesamte Wirtschaftskraft auf ein Minimum reduziert war. Nähme man nämlich die Zeit vor 1936 als Vergleichsbasis (verlässliche Zahlen darüber sind leider nicht zu finden), so ergäbe sich schnell, daß das heutige Volkseinkommen den seinerzeitigen Stand noch kaum erreicht hat.

Ein internationaler Vergleich mag die wirkliche Lage veranschaulichen. Nach einer Übersicht, die der spanische „Banco de Bilbao“ nach eigenen Berechnungen in seinem Wirtschaftsbericht von 1955 zusammengestellt hat, betrug das Volkseinkommen pro Kopf im Jahre 1955 in Peseten:

USA	86 360
Kanada	58 400
Belgien	36 870
Großbritannien	34 410
Frankreich	33 310
Bundesrepublik Deutschland	27 330
Italien	15 510
Spanien	11 320
Mexiko	9 810
Japan	9 070
Griechenland	8 870
Portugal	8 290
Argentinien	7 890

Eine ähnliche Tabelle hat der „Banco Central“ in einem Wirtschaftsbericht von 1957 aufgestellt, jedoch für den Durchschnitt der Jahre 1952—1954 und in Dollar. Dabei ergibt sich diese Reihenfolge:

USA	1 870
Schweiz	1 010
Schweden	910
Belgien	810
Großbritannien	780
Frankreich	740
Bundesrepublik Deutschland	510
Spanien	212
Türkei	210
Portugal	200

Entsprechend verhält es sich mit der Verbesserung der Lebenshaltung. Gewiß ist von 1940 bis 1958 in Spanien der Verbrauch von Fleisch pro Kopf und Jahr um 31% auf 16,5 kg gestiegen, von Fisch um 30% auf 19,9 kg, von Öl um 98% auf 16,3 Liter. Aber beispielsweise bei Fleisch liegt der entsprechende Verbrauch in der Bundesrepublik bei 45 kg, also fast der dreifachen Menge. Die Hungerationen von 1940 sind gewiß ein schlechter Vergleichsmaßstab für die spanische Lebenshaltung.

Einseitige Industrialisierung

Echte Fortschritte sind dabei nicht zu übersehen: etwa die zwischen 1946 und 1957 verdreifachte Elektrizitätsgewinnung (1957: 15 Milliarden kWh, BRD vergleichsweise rund 80). Aber Spanien ist dem „Dogma der Industrialisierung“ gefolgt. So heißt es in einem Beitrag der Zeitschrift „Orbis Catholicus“ (Barcelona, Januar 1959), wie es so unverblümt in Spanien bisher nirgends zu lesen war. Die *Landwirtschaft* ist dabei zurückgeblieben, obwohl Spanien noch immer ein Agrarland ist und der größte Teil der dringend notwendigen Devisen nur durch landwirtschaftliche Ausfuhr beschafft werden kann. Die Folge war der paradoxe Zustand, daß der größte Teil der amerikanischen Wirtschaftshilfe für die Volksernährung aufgewandt werden mußte. Die Industrie gewann ihre Arbeitskräfte nicht durch eine verbesserte Produktivität in der Landwirtschaft, sondern umgekehrt durch eine planlose Landflucht aus einem überfüllten Wirtschaftssektor, der seine Angehörigen nicht mehr ernähren kann. „Es ist aber kein echter wirtschaftlicher Fortschritt, wenn die Industrialisierung ohne Rücksicht auf die notwendige Verbesserung der Landwirtschaft vorangetrieben wird, wenn die widrigen Lebensbedingungen zur Landflucht zwingen und der niedrige Lebensstandard in die Städte treibt. Die Ergebnisse sind eine verstärkte Wohnungsnot, die Ansammlung von Menschenmassen in Slums . . ., immer größere Unterschiede des Lebensstandards zwischen den einzelnen Regionen.“ Der Beitrag fordert vor allem eine verstärkte Viehzucht zur besseren Versorgung des eigenen Landes.

Auch die Industrialisierung war in sich keineswegs ausgeglichen: die Veredelungsindustrie wurde wesentlich stärker vorangetrieben als die Grundindustrie. Die Folge waren nur allzu oft Stilllegungen und Kurzarbeit aus Mangel an Strom, Blech, Kupfer, Zement und vielen anderen Dingen. „Es kann verheerende Folgen haben, wenn man das Ende an den Anfang setzen will. Ein Entwicklungsland braucht Grundindustrien wesentlich nötiger als eine Automobilindustrie.“ In einer protektionistischen Politik, die schon um die Jahrhundertwende einsetzte, wurde versucht, zur Beschränkung der Außenhandelsdefizite den Import zu drosseln und durch eigene Fabrikate zu ersetzen. Diese zweifelhafte Tendenz herrschte auch in anderen Ländern, doch hat Spanien am längsten daran festgehalten und ist dadurch heute das Land mit den meisten Außenhandelsbeschränkungen in ganz Westeuropa. Die neuen übernationalen Wirtschaftsorganismen stellen es vor ebenso schwierige wie unauf-schiebbare Anpassungsprobleme.

Die Produkte dieser protektionistischen Industrie sind international nicht konkurrenzfähig. Eine wesentliche Schuld daran trägt ein völlig veralteter Maschinenpark; die Unternehmer glaubten sparen und eine Maschine, deren Lebensdauer für zehn Jahre veranschlagt war, auch zwanzig und vierzig Jahre verwenden zu können. „Diese ‚Gewandtheit‘ muß man bezahlen: durch die Unwirtschaftlichkeit der Maschinen und durch die schlechtere Qualität der Produkte.“ Gefordert wird ein echter Kapitalmarkt, der die Investition in Elektrizitätswerken lohnender macht als in neuen Fußballplätzen.

Der Verfasser dieses kritischen Überblicks in „Orbis Catholicus“, Fabián Estapé (der sein Referat zunächst vor der Katholischen Aktion gehalten hatte), wendet sich auch gegen die spanische *Inflationspolitik*. „Inflation ist eine

Steuer, und zwar die ungerechteste aller Steuern, die auf den wirtschaftlich Schwächsten, auf den Lohnempfängern, lastet . . . Wenn sie einmal gewisse Grenzen überschreitet, hört sie auf, von der Substanz zu zehren, sondern frißt sich selbst auf. Statt die Produktion anzuregen, erzielt sie nur mehr ein soziales Chaos und die Verzerrung aller Werte.“

Notwendige wirtschaftspolitische Reformen

In der spanischen Wirtschaftspolitik stehen sich seit langem zwei Richtungen gegenüber. Handelsminister Alberto Ullastres Calvo hat sein Ministeramt vor zwei Jahren im Zeichen seines Austerität- und Liberalisierungsprogramms angetreten, und für den Bereich der Staatsverwaltung wurde er unterstützt durch den Staatsrechtler L. López Rodó, der als Staatssekretär in das Präsidenschaftsministerium geholt wurde. Der Idealismus beider Männer wurde aber in der Schaukelpolitik Francos erstickt, ihre konkreten Programme blieben auf dem Papier.

Immerhin ist Spanien jetzt darauf angewiesen, Vollmitglied des Europäischen Wirtschaftsraums (OEEC) zu werden, wenn es nicht ein für allemal den Anschluß an die europäische Wirtschaft verpassen will (assoziiertes Mitglied ist es seit Januar 1958). Es hat sich der rigorosen Prüfungen unterzogen, die der Rat zur Voraussetzung einer Mitgliedschaft macht, und zu diesem Zweck in den letzten Monaten eine Reihe von Studiengruppen in Madrid beherbergt. Hinzu kamen weitere Kommissionen des Internationalen Währungsfonds, von dem das Land einen ansehnlichen Kredit zur finanziellen Stabilisierung und zur Hinterlegung des Mitgliedsbeitrags bei der OEEC benötigt. Ihre Gutachten laufen sämtlich auf die gleichen Forderungen hinaus, die Minister Ullastres seit Jahren vergeblich vertritt:

innere Stabilisierung der Währung unter Abwertung der Peseta;

Beschränkung des Haushaltsdefizits auf äußerstenfalls 3 Milliarden Pesetas jährlich, Einschränkung der laufenden Ausgaben, notfalls Sondersteuern;

Zusammenlegung der bisher gestaffelten Wechselkurse zu einem einheitlichen Währungskurs;

Liberalisierung des Außenhandels.

Wie es heißt, hat die Regierung diesen Forderungen im Prinzip bereits zugestimmt. Im Bericht der OEEC heißt es, die spanische Wirtschaft könne durch energische und umfassende Aktionen in verhältnismäßig kurzer Zeit saniert werden.

Die spanische Regierung hat inzwischen einiges getan, was auf den Willen zu einer wirtschaftspolitischen Reform schließen läßt: sie hat zum erstenmal einen Investitionsplan vorgelegt, der bisherige Mißerfolge zugibt und von industriellen Autarkieplänen abrückt. Entsprechend der erwarteten Sparrate sieht er für das Jahr 1959 Investitionen von 81 Milliarden Peseten (5,7 Milliarden DM) vor. Grundindustrie (16,5 Mrd.) und Wohnungsbau (17,9 Mrd.) haben deutlichen Vorrang vor der übrigen Industrie (12 Mrd.). Vor allem aber sollen 15,8 Milliarden Peseten zum Ausbau der Landwirtschaft dienen: zur Bewässerung von Trockengebieten, zur maschinellen Ausstattung, zur Erzeugung von Stickstoffdünger. Innerhalb von fünf Jahren hofft man den landwirtschaftlichen Export (gegenwärtig rund 160 Millionen DM) vervierfachen und die Einfuhr von Agrarprodukten (gegenwärtig rund 500 Millionen DM) auf die Hälfte reduzieren zu können.

Nachdem bisher das Industrieschutzgesetz von 1939 die ausländische Kapitalbeteiligung an spanischen Unternehmen auf höchstens 25 % beschränkt hatte, gibt das neue Erdölgesetz erstmals den Anreiz für ausländische Investitionen unbeschränkter Ausmaßes. Diese Öffnung der wirtschaftlichen Barrieren wird sicherlich auch auf die übrigen Industriesektoren ausgedehnt werden.

Industriehohn — Agrarproletariat

Kehren wir zu den sozialen Seiten der gegenwärtigen spanischen Wirtschaftsordnung zurück. Sie sind nicht nur charakteristisch für Spanien, sondern zugleich typisch für die Lage in vielen anderen Entwicklungsländern (im Freien Europa mindestens noch für Portugal, Türkei, Griechenland, Süditalien). Sie zeigen zudem, wie gerade in den sogenannten „katholischen“ Ländern die in der Verantwortung — sogar einer autoritären Verantwortung — stehenden Christen darin versagt haben, die christliche Soziallehre in die Praxis umzusetzen.

Der schon zitierte P. Diez-Alegría SJ, Professor für Ethik und Naturrecht in Madrid—Alcalá de Henares, hielt im März 1958 in der Aula der juristischen Fakultät in Madrid einen Vortrag, der in entsprechend vorsichtiger Einkleidung das gleiche aussagt wie der eingangs zitierte Artikel im „Echo der Zeit“. Bezeichnenderweise konnte dieser Vortrag in Spanien selbst nicht veröffentlicht werden und erschien nur in der chilenischen Zeitschrift „Mensaje“ (Oktober 1958).

Der Autor veröffentlichte eine Reihe von Statistiken. Am aufschlußreichsten sind jene Zahlen, die der Generaldirektor des „Banco de Bilbao“ 1956 in dem Geschäftsbericht für die Hauptversammlung seiner Aktionäre bekanntgab. Danach erhielten 1955 die Beschäftigten in abhängiger Stellung nur 42,8 % des spanischen Sozialprodukts. Dagegen lag der Anteil:

zwischen 49 und 59 % in Italien, Irland, Niederlande, Belgien, Norwegen, Dänemark, Luxemburg, Österreich, Schweiz und Frankreich;
zwischen 61 und 73 % in Finnland, Westdeutschland und England.

(J. Gorosquieta SJ hatte schon vorher in einem lapidaren Beitrag der Zeitschrift „Ábside“ [Jesuitenhochschule Oña, September 1957] statistisch dargestellt, wie dieser Anteil der Löhne am Sozialprodukt in Spanien sogar immer weiter absinkt.)

Noch krasser sind die Abstufungen innerhalb der Energiewirtschaft (Gas-, Wasser- und Elektrizitätsbetriebe). Hier beträgt der Anteil der Löhne an den erarbeiteten Gütern und Diensten in:

Frankreich	76 %
Norwegen	61 %
Niederlande	59 %
England	56 %
Dänemark	53 %
Spanien	22 %

Für den Agrarsektor betont Diez-Alegría, daß zwei Millionen erwachsene Männer oder mit Familien rund acht Millionen Menschen in der Landwirtschaft kein menschenwürdiges Auskommen finden können und in andere Wirtschaftszweige eingegliedert werden müssen. Wenn man das gegenwärtige Tempo zugrunde legt, würde diese wirtschaftliche Umschichtung einhundert Jahre in Anspruch nehmen. „Und in dieser Zeit wären Millionen

Menschen dazu verdammt, ein Leben der Sklaverei zu führen.“

Nach anderen, außerhalb Spaniens veröffentlichten Quellen kann man hinzufügen, daß 16 % der spanischen Nutzflächen in den Händen von Großgrundbesitzern sind, und zwar in den Händen von 10 500 Eigentümern, d. h. mit einem Durchschnitt von 650 Hektar. Die restliche Fläche verteilt sich auf 5 690 000 Kleineigentümer, d. h. mit einem Durchschnitt von nur 6 Hektar. Diese übermäßige Zersplitterung ernährt die Eigentümer bei der wachsenden Bevölkerungszahl nicht mehr ausreichend. Der Prozentsatz der Nutzflächen, die in den Händen von Großgrundbesitzern sind, erreicht in der Provinz Badajoz über 50 %, in den Provinzen Cáceres, Cádiz und Sevilla nahezu 50 %. Die Zahl der landwirtschaftlichen Tagelöhner beträgt 1,6 Millionen, das sind 27 % der spanischen Erwerbsbevölkerung — in der Provinz Córdoba 67 %, Jaén 60 %, Toledo 55 %. Das Typische und sozial Bedrohliche des spanischen Großgrundbesitzes ist es, daß er seine Arbeiter nur saisonweise beschäftigt, so daß ihr Auskommen nicht garantiert ist. Die *Landflucht* hat nahezu Völkerwanderungsdimensionen angenommen. Von 1950 bis 1955 haben 496 000 statistisch erfaßte Erwerbstätige ihre Heimat verlassen. Nimmt man die Familienangehörigen und die zahllosen nicht erfaßten Binnenwanderer hinzu, so muß man im vergangenen Jahrzehnt mit drei, wenn nicht vier Millionen Landflüchtigen rechnen. Obwohl die spanische Bevölkerungszahl in den letzten dreißig Jahren um 33 % angewachsen ist, gibt es Agrarprovinzen, deren Bewohnerzahl im gleichen Zeitraum um 5—10 % absolut zurückging.

Kritik an Staat und Bürgertum

Diez-Alegría fährt fort: „Warum weiß man diese Dinge nicht genau und konkret? Warum hat die spanische Universität m. W. in den letzten zwanzig Jahren nichts getan, um die drängenden Fragen der empirischen Soziologie voranzutreiben? Weil wir nichts davon wissen sollen! Weil die spanische Universität in den letzten zwanzig Jahren ein einseitig vom Kleinbürgertum im Dienst für das Großbürgertum manipuliertes Werkzeug war! Beide verbanden ihre Interessen und setzten sich über die Interessen der unteren Schichten und des Proletariats völlig hinweg.“ Das war der einzige und unverblühte Angriff in dem Vortrag, der den Titel trug: „Die Universität und der Wandel der sozialen Strukturen“. Bei allen übrigen Aussagen war der Adressat nicht genannt, freilich un schwer zu erschließen.

„Es ist nicht zu leugnen, daß in Spanien ein Zustand sozialer Ungerechtigkeit herrscht, der keine Hoffnungen läßt. Was sollen wir da tun? Abwarten, bis nach und nach, durch die spontane Überzeugung der herrschenden Klassen auf dem Gebiet der Wirtschaft, die soziale Praxis sich zum besseren wendet? Das scheint mir utopisch, unverantwortlich und überaus gefährlich . . . Die streng wissenschaftliche Schlußfolgerung kann nur lauten: Ohne darauf zu verzichten, das soziale Gewissen der spanischen Katholiken vom Religiösen her anzuregen, müssen von Grund auf die unumgänglichen juristischen Reformen durchgesetzt werden.“

Mit anderen Worten: Der Staat soll seinen Dirigismus endlich dafür einsetzen, die kapitalistische Wirtschaftsordnung zu einer *sozialen* Ordnung zu machen. Neben allgemeinen Grundsätzen, die sich stark auf die Aufgaben

der Universität bezogen, stellte der Referent nur wenige konkrete Forderungen auf: „Der Staat müßte aufhören, monopolistische Beschränkungen zugunsten der einen oder der anderen einzuführen; er müßte die Kartelle verhindern, die die Preise über das Konkurrenzniveau steigern, ebenso wie die Monopole und Oligopole, von denen neu-aufstrebende Unternehmen erdrückt werden; er dürfte nicht mehr durch Zollschranken Monopolpositionen stärken; er müßte Forschung und Patente vergesellschaftlichen und eine wirksame Kapitalfinanzierung ermöglichen.“ Ausdrücklich wandte sich Diez-Alegría gegen die spanischen Syndikate, die in ihrer gegenwärtigen, von oben dekretierten und delegierten Form nur „Truggebilde“ darstellen.

Die Rolle der Kirche

Die „Soziale Aktion der Unternehmer“ (Acción Social Patronal), ein Zweig der Katholischen Aktion, traf sich im Februar 1959 in Madrid zum 5. Nationalkongreß, auf dem ebenfalls eine sehr deutliche Sprache gesprochen wurde (wenn auch unter den Gesichtspunkten der Unternehmer). In den Entschließungen heißt es u. a.:

„Unsere Wirtschaftsentwicklung und unsere Sozialpolitik werden durch unseren Geldmangel bedingt. Er verpflichtet uns zur Sparsamkeit im öffentlichen wie privaten Verbrauch und fordert strenge Maßstäbe bei den in beiden Bereichen durchgeführten Investitionen, weil diese die knappen und mit großen Opfern erkaufte Ersparnisse aller, besonders aber der Minderbemittelten verwenden.“

Wir glauben an die Marktwirtschaft im Rahmen einer Ordnung des Gemeinwohls als an das beste System für

unsere knappen Mittel. In ihr können wir die Energien des spanischen Menschen aktivieren und unsere Wirtschaft international koordinieren. Es muß zugegeben werden, daß diese Ordnung bei uns heute entkräftet ist durch entgegengesetzte Faktoren, die das Gleichgewicht ständig und tiefgreifend stören, die wirtschaftlichen Möglichkeiten völlig verwirren und die Opfer ungerecht verteilen. Diese Lage schränkt die Fähigkeiten des Unternehmers ein, unterhöht seine Verantwortung und zerrütet die moralische Handlungsweise der Betriebe.

Die Schaffung jener Marktordnung würde unsere unumgängliche Eingliederung in einen größeren Wirtschaftsraum erleichtern und die Möglichkeit schaffen, den unverzichtbaren spanischen Anspruch auf die Hilfe derjenigen vorzutragen, die mit uns in christlicher und geschichtlicher Solidarität leben . . .“

Im gleichen Monat Februar hatte ein ausländischer Dominikaner in Madrid einen Vortrag gehalten, in dem er sich gegen die vielen Wirtschaftsführer, Unternehmer und Betriebsleiter wandte, die sich katholisch nennen, aber „ihren Angestellten und Arbeitern keinen ausreichenden Lohn zahlen, so daß sie ein menschenunwürdiges Dasein fristen müssen“. „Ya“, Tageszeitung der Katholischen Aktion und zweitgrößtes Blatt Madrids, knüpfte daran einen Kommentar, in dem es heißt: „Die katholische Kirche ist nicht dafür verantwortlich, wenn in Spanien ihre Soziallehre nicht verwirklicht wird. Der Kirche kann man kein Komplott mit schlechten Unternehmern vorwerfen. Sie verfügt nicht über die nötige Macht, um ihre Soziallehre durchzusetzen. Sie unterhält dazu keinerlei Armee. Sie hat nur die Stimme, die sie erhebt. Sie hat nur die Lehre, die man nicht hören will.“

Aktuelle Zeitschriftenschau

Theologie

BRUNNER, August, SJ. *Die Frage der Laienaszese*. In: Geist und Leben Jhg. 32 Heft 3 (1959) S. 190—204.

Gegen die Meinung, der Laie sei eine Art Christ zweiten Grades, wird seine eigene, aus der Taufe folgende Aszese aus seiner Aufgabe bejaht, die Welt zu verchristlichen. Priester und Ordensleute seien um des Laien willen da. Aber seine neue Lage heute, sein durch allgemeine wie durch Fachbildung gewonnenes Selbstbewußtsein stelle ihn auch in eine geistige und geistliche Einsamkeit. Durch seine meist technische Bildung symbolunfähig geworden, den Leitbildern der Heiligen entfremdet, meist auch ohne den Halt einer katholischen Philosophie, bedürfe er einer neuen religiösen Bildung, besonders der Erfahrung des lebendigen Christus aus der Heiligen Schrift, aber auch der Erfahrung des Sinnes einer christlichen Weltentfremdung.

MICHAEL, J. P. *Die Sprache der Verkündigung in der modernen technischen Welt*. In: Erziehung und Beruf Jhg. 9 Heft 2 (Mai 1959) S. 48—54.

Der Beitrag, mit dem die Zeitschrift das Gespräch über dieses schwierige religionspädagogische Thema eröffnet, geht davon aus, daß die Umweltvoraussetzungen des modernen, technisch geprägten Menschen den heutigen Jugendlichen der übernatürlichen Welt fast zwangsläufig entfremden. Der „technische Geist“ (Pius XII.), ein „utopischer Optimismus“, schaffe eine vor Gott verschlossene Welt. Dem Jugendlichen werde daher die Sprache der Offenbarung antiquiert erscheinen. Der Zugang zu ihr könne ihm durch das Analogon des technischen Bildes erleichtert werden. Dafür bringt der Verfasser eine Anzahl verblüffender Beispiele. Er weist allerdings auch darauf hin, daß nur der gläubige Mensch in diesen Beispielen Analogien des Reiches Gottes neben den Zeichen des Widersachers zu entdecken vermag.

SCHIERSE, Franz Josef, SJ. *Hat Krankheit einen Sinn?* In: Stimmen der Zeit Jhg. 84 Heft 10 (Juli 1959) S. 241—255.

Die Heilige Schrift sieht in der Krankheit Dämonie, Einbruch des Bösen seit der ersten Sünde, ferner Strafe Gottes. Daher tut sich das Alte Testament schwer in der Anerkennung des ärztlichen Berufes. Christus überwindet die Schuld, er heilt. Seitdem hat auch die Krankheit einen neuen, höheren Sinn. Sie läßt mit Christus leiden für die gesamte Menschheit, sie wird zu einem wesentlichen Element religiöser Berufung.

SEMMELOTH, Otto, SJ. *Zeitalter des Heiligen Geistes?* In: Geist und Leben Jhg. 32 Heft 3 (1959) S. 166—179.

Ein zeitnahe Test, der zwar eine exklusive Zuordnung unserer Zeit zum Heiligen Geist theologisch abweist, aber aufmerksam fragt, ob im Leben der heutigen Kirche so viel Freiheit sei, daß man von einem Zeitalter des Heiligen Geistes sprechen könne. Grundsätzlich wird dargelegt, daß die Kirche zu allen Zeiten ein trinitarisches Leben mit ausgeprägter Leibhaftigkeit als Bezeugung des Geistes führt. Andererseits seien die Mariendogmen ausgesprochene Zeichen für ein starkes, nicht bei der negativen Assistenz verharrendes Wirken des Heiligen Geistes, dazu komme das neue Erwachen des Sinnes für die Heilige Schrift und für den Glauben als personales Ereignis und schließlich die Integrierung der Laien zur Kirche.

Kultur

EDER, Gernot. *Der gespiegelte Kosmos*. In: Wort und Wahrheit Jhg. 14 Heft 6/7 (Juni/Juli 1959) S. 411—417.

Gesetzmäßigkeiten eines abgeschlossenen Systems sind invariant gegen Verschiebungen sowohl im Raum als in der Zeit (Isotropie); ein ähnliches Gesetz gilt für die Teilchen und Antiteilchen in der Mikrophysik. Sämtliche Naturerscheinungen sind gegen eine Vertauschung von Materie und Antimaterie und eine zusätzliche Vertauschung von links und rechts invariant. Dennoch gibt es einseitige Veränderungen eines Systems in Richtung auf einen Gleichgewichtszustand (Entropie). Das bedeutet: Das Weltgeschehen läuft nicht nur im historischen Bereich, sondern auch in der anorganischen Welt einseitig gerichtet und irreversibel ab. Dies Paradoxon von Symmetrie (Isotropie) und Entropie wird möglich, weil der Begriff der Entropie den Wahrscheinlichkeitsbegriff einschließt.

ERLINGHAUSEN, Karl, SJ. *Der große Schulreformplan*. In: Stimmen der Zeit Jhg. 84 Heft 10 (Juli 1959) S. 277—290.

Eine überaus maßvolle, insgesamt gesehen positive Würdigung des „Rahmenplans zur Umgestaltung und Vereinheitlichung des allgemein bildenden öffentlichen Schulwesens“. Die Einwände, die Erlinghausen gegen das Projekt des „Deutschen Ausschusses“ erhebt, lassen sich auf drei reduzieren: 1. Das Programm läßt einen „Trend nach unten“ erkennen, d. h., die geplante Schule fördert weniger die Begabten, was ihre erste Pflicht wäre, als die Minderbegabten; daher der Vorschlag der „Förderstufe“. 2. Obgleich nur organisatorische Fragen im „Plan“ behandelt werden, zeichnet sich doch ein gewisser Relativismus und Pragmatismus inhaltlicher Art in einzelnen Formulierungen ab. 3. Das Denken der Schulreformer steht in der dirigistischen Staats-Schultradition.